

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 20.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 60 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6317.

Hannover,  
Sonnabend, 24. September 1898.

Inserate kosten pro Sägespalte 10 Pf.  
oder deren Raum 15 Pf. Offertenan-  
nahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41.  
Verlag: Gosseries 9 A.

7. Jahrg.

## Bekanntmachungen.

Die Aufforderung an die Bevollmächtigten, die Anzahl der zu sendenden Protokolle mitzutheilen, ist erst in 35 Fällen befolgt worden. Die Feststellung dieser Thatsache wird veranlassen, daß die übrigen Zahlstellen ihre Bestellungen sofort machen.

Der heutigen Nummer liegen die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal bei.

Das Geschäftszimmer des Verbandes befindet sich vom 29. September ab Leinstraße 31, 3. Etage.

August Breh.

## Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, wahret eurer wichtigsten Rechte! Vertheidigt euer Koalitionsrecht!

Die im September vorigen Jahres vom Staatssekretär Grafen Posadowsky veranstaltete, an die Bundesregierungen gerichtete geheime Umfrage scheint ihren Zweck, Material zu sammeln für eine Bekämpfung der streikenden Arbeiter, erfüllt zu haben. Allem Anschein nach haben die Geheimräthe das Material auch schon bearbeitet und gesichtet, und die Vorlage eines Gesetzentwurfes an den deutschen Reichstag ist zu erwarten. Welcher Art dieser Entwurf ist, das geht aus einer Rede hervor, die der Kaiser am Dienstag, den 6. September, an der Galatase im Kurhause zu Düsseldorf gehalten hat. Nach dem offiziösen Telegraphen laufen die Stellen, die sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigen, folgendermaßen:

„In Ihren Grenzen sind in gleicher Weise gleichmäßig, gleichwertig und gleicharbeitsam vertreten eine blühende Landwirtschaft und eine aufwärtsstrebende Industrie. Und wie ich schon dankenswerterweise Ihnen meine vollste Theilnahme und Unterstützung aussprechen zu können. Wie Alle, die industriellen Betrieben obliegen, so haben auch Sie ein wachsame Augen auf die Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse, und ich habe Schritte gethan, soweit es in meiner Macht steht, Ihnen zu helfen, um Sie vor wirtschaftlichen schweren Stunden zu bewahren. Der Schutz der deutschen Arbeit, der Schutz Dessen, der arbeiten will, ist von mir im vorigen Jahre in der Stadt Bielefeld feierlich versprochen worden. Das Gesetz nähert sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin Jeder, er möge sein, wer er will, und heißen, wie er will, der den deutschen Arbeiter, der willig ist, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anregt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Die Strafe habe ich damals versprochen, und ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird, um unsere nationale Arbeit in dieser Weise, soweit als möglich, zu schützen. Recht und Gesetz müssen vor Allem geschützt werden, und soweit es möglich ist, werde ich dafür sorgen, daß sie aufrecht erhalten werden.“ —

Schutz den Unternehmern! Schutz den Arbeitern! Das war dennach die Richtlinie für die Verfertiger des Entwurfes. Ist dieser Unternehmerschutz notwendig? Nach unserer Meinung nein! Weit eher wäre es notwendig, den Arbeitern ihr gesetzlich gegebenes Vereinigungskreis gegen den Terrorismus, die unberechtigten Angriffe der Unternehmer, dieser wirtschaftlich mächtigen Interessengruppe, zu schützen. Männlich bekannt ist, wie die Metallindustriellen sich an verschiedenen Orten in den Arbeitsnachweisen eine Waffe gegen die organisierten Arbeiter geschmiedet haben. Diese Nachweise werden von den Kapitalisten ergebenen Schergen bedient. Wehe dem Arbeiter, der nicht vollkommen gegen den Verdacht gefestigt ist, nicht ganz kapitalsromane Ansichten zu haben: er bekommt keine Arbeit. Und dreimal Wehe dem Arbeiter, von dem es bekannt geworden ist, daß sich bei ihm die Milch der „frommen Denkungskart“ verwandelt hat in gähnendes Drachen-

gesicht der oppositionellen Gesinnung gegen kapitalistische Tyrannie! Er bekommt nicht nur keine Arbeit auf einzelnen Nachweisen, sein vollständiger Ausschluss wird organisiert, in raffinirter Weise durchgesetzt. Das Tausende von Arbeitern durch dies System der Aushungierung monatelang der Möglichkeit beraubt bleiben, Bohn und Verdienst zu finden, daß sie deswegen vor „wirtschaftlich schweren Stunden“ nicht bewahrt bleiben, ist bekannt. Bekannt ist ferner, daß die Unternehmer des Baugewerbes, von denen nach dem Einverständnis des Grafen Posadowsky die ganze durch das Rundschreiben eingeleitete Aktion ausgegangen, ihr Möglichstes gethan haben, um die Arbeiter zu strafen, die so führt waren, sich durch einen Streik das zu nehmen, was ihnen die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Unternehmer versagte.

Und um im eigenen Lager zu bleiben: Wie wählen die Unternehmer und die Landbesitzer im Kreise Wolmirstedt gegen unsre Mitglieder, nur weil diese das Ungeheure begangen haben, sich unserer Organisation anzuschließen. Bekannt ist, daß die Unternehmer und Landlords dieses Kreises in ihrem Vorgehen gegen unsre Mitglieder von Seiten der Behörden durch die Auslieferung der von uns zu amtlicher Kenntniß gebrachten Mitgliederliste unterstützt, in manchen Orten vielleicht auch erst ermutigt wurden. Die Arbeitgeber verlangten Austritt aus dem Verband; wo unsre Mitglieder den Mut hatten, dieser Aufforderung nicht bedingungslos nachzuhören, da hat man sie aus der Arbeit entlassen, ihnen die Wohnungen gekündigt, das bestellte Nachland entzogen, sie den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen ausgesetzt. Es war den Arbeitern weder eine unrechtmäßige, noch ungesehliche Handlung nachzuweisen, trotzdem machten sich die Unternehmer und ihre Bundesgenossen an, sie in der Neuherstellung der Betätigung des freien Willens zu hindern. Mit dem Kaufe der Arbeitskraft des Arbeiters glaubte man auch das Verfügungskreis über seine Gesinnung, seine Gedanken bekommen zu haben. Die wirtschaftliche Macht wird benutzt, um den Arbeiter, der eine den Ausschauungen der Besitzenden entgegengesetzte Meinung vertritt, durch Schädigungen der vorbenannten Art zu strafen. Ist ein solches Unterfangen nicht Terrorismus, Schreckens- und Gewaltherrschaft der verwerstesten Art? Um so verwerstlicher, weil sie sich gegen die wirtschaftlichen Schwächen wendet, die neben der Arbeitskraft anderen Besitz nicht haben und mittellos sind, wenn sie letztere nicht verwenden können.

Gegen diesen Terrorismus müssten Maßnahmen, gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, durch welche der Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibt. Nach der geschilderten Entwicklung des Gesetzentwurfes ist nicht anzunehmen, daß diese Richtung innegehalten wird.

Nach Lage der Dinge, als unvermeidliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise, besteht zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Arbeitern der Kampf um die Theilung des Arbeitsertrages. Der Unternehmer will den Anteil des Arbeiters so lang wie möglich bemessen, der Arbeiter will ihn vergrößern. Dieser Kampf bedingt den Streik als Mittel, wie der Krieg das kleinkalibrige Gewehr und den ganzen Rüstungs- und Vertheidigungsapparat bedingt. In diesem Kampfe befindet sich schon heute der Unternehmer ökonomisch und rechtlich im Vortheile. Der § 152 der Gewerbeordnung gibt den Arbeitern das Recht zur Arbeitsentziehung, der § 153 zieht der Ausübung dieses Rechtes Grenzen. Der § 152 gibt den Unternehmern das Recht der Arbeiterrückflüsse. Es ist möglich, wenigstens liegt eine solche Auffassung unserem Laienverstände nahe, daß der Gesetzgeber den § 153 der Gewerbeordnung in entsprechender Weise als auch für die Unternehmer bestimmt geschaffen hat. Thatsache ist, daß er für die Unternehmer als nicht vorhanden gilt, darum sind die Unternehmer bei Ausübung des § 152 den Arbeitern gegenüber rechtlich bevorzugt.

Diese rechtliche Ausnahmestellung des Arbeiters wird durch die angekündigte Gesetzesvorlage verschärft. Wie hart auch, besonders in den letzten Jahren, die Strafen immer waren, die aus § 152 der Gewerbeordnung über einzelne Arbeiter verhängt worden sind: die Strafen sollen noch verschärft werden. Die Strafen sollen auch über die „Unreger“ zu einem Streik verhängt werden. Die Strafe soll in entehrender Zuchthausstrafe bestehen, die Bestrafen mit den schlimmsten, gemeinsten Verbrechern auf eine Stufe

gestellt werden. Der verfassungsmäßigen Vereinigungsfreiheit wird dadurch ein vernichtender Schlag versetzt. Ohne jede Überreibung gelange, wir zu der Behauptung: Durch diese angeläufigte Strafe wird die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich.

Nicht etwa, weil wir annehmen, die organisierten Arbeiter, die ja als Diejenigen in Betracht kommen, die „willige“ Arbeiter an der Vollführung der Arbeit hindern werden, aber gar zu einem Streik anregen“, würden durch die in der zu erwartenden Vorlage enthaltenen Zuchthausstrafe von der Betätigung ihrer Überzeugung abgehalten. O nein! Wir kennen die Überzeugungstreue dieser Zukunftschlagskandidaten. Die Ausübung wird deshalb unmöglich, weil der Ausschluß, einen Streik zur Ausführung zu bringen, niemals zur That werden kann. Die Beschließenden sind ohne Zweifel zu den „Unreger“ zu rechnen, ihnen wird nach gesetztem Beschuß der Prozeß gemacht und noch lange nach der Zeit, in der bei normalem Verlauf der Streik so oder so sein Ende erreicht haben möchte, werden sie im Zuchthause sitzen. Und welche Ungeheuerlichkeit vom juristischen Standpunkt ist es, eine That als gesetzlich erlaubt zu lassen, die Anregung zur That aber gleich einem gemeinsamen Verbrechen zu bestrafen!

Wir zweifeln, daß der Entwurf Gesetz wird. Nicht etwa, daß es der bestehenden Klasse an dem Willen fehlt, neue Strangulationsmittel gegen die Arbeiterklasse zu bekommen. Nach solchen Mitteln haben sich die Ritter vom Profit, vom mühseligen Erwerb all die Jahre lang heißer gerufen. An dem Widerstand der Arbeiterklasse, nicht an der Einsicht der Besitzenden wird die Vorlage scheitern. Arbeiterinnen, Arbeiter, Verbandsgenossen! Auf die Schanzen! Der Feind steht vor dem Thore. Auf zum Protest gegen diesen Gesetzentwurf, der zu der wirtschaftlichen Ausnahmestellung, die der Arbeiter, die Arbeiterin einnimmt, auch noch die rechtliche Ausnahmestellung verschärft, ihr den gesetzlichen Stempel aufdrücken will.

Strömt in Scharen den Protestversammlungen zu. Wendet Euch gegen diese Gesetzesvorlage. Und Ihr Wähler, erinnert Euch daran, daß vor wenigen Wochen sich zahlreiche bürgerliche Politiker bei den Stichwahlen um Eure Stimme beworben haben, unter der Zusicherung, Euch auch eine Verschlechterung des Koalitionsrechts hinzanzuhalten! Grinnert die Herren an ihr Versprechen! Verlangt von ihnen, daß sie sich energisch mit Wort und That gegen diese neue Konzeption an die soziale Reaktion wenden. Die sozialdemokratische Fraktion wird nicht unterlassen, bei Bezahlung der angekündigte Vorlage auf Neue die Sicherung der Koalitionsfreiheit zu fordern. Verlangt von den Politikern, denen Ihr bei den Stichwahlen zum Siege verholfen habt, daß sie mit dazu beitragen, daß alle deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen das Recht der Koalitionsfreiheit gegen alle Angriffe gesetz gewahrt werde.

Wir Alle haben den ernsten Willen, unseren Kampf um den Arbeitsvertrag im gesetzlichen Rahmen mit gesetzlichen Mitteln zu führen; heißt, arbeitet, daß uns diese Bahn nicht verrammt, diese Mittel nicht geraubt werden.

Kolleginnen und Kollegen! Wahret eurer wichtigsten Rechte!

## Jahr- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiterinnen der Provinz Sachsen.

Ehret die Frauen! Sie flechten und weben himmlische Rosen insirdische Leben. So reimt der Dichter. Betrachten wir aber die Wirklichkeit, so sehen wir, daß die Arbeitskraft des weiblichen Proletariats vom Arbeitgeber in Stadt und Land mindestens ebenso ausgenutzt wird, wie die Kraft des männlichen, produktiv thätigen Proletariers.

In fast allen Industriezweigen nimmt die Frauenarbeit zu. Aber auch in der Landwirtschaft ist ein großer Prozentsatz weiblicher Arbeitskraft, die unter den elendesten Verhältnissen ihr Leben fristen und Tag aus, Tag ein den Witterungsunbilden ausgesetzt sind.

Barfuß, notdürftig bekleidet stehen die Armen den ganzen Tag bei Sonnenbrand wie bei strömendem Regen, in Hitze und Kälte da und arbeiten und schöpfen und ringen dem Boden die Produkte ab. Die Arbeitszeit dieser Arbeiterinnen beträgt im Durchschnitt im Winter 11—12, im Sommer 12—14 und in der

Erneuerung 16—18 Stunden täglich, oder von Sonnen- aufgang bis Sonnenuntergang.

Das ist gewiß eine ganz bedeutende Arbeitsleistung. Aber wie ist die Entlohnung dafür? Im Regierungsbezirk Magdeburg werden Tagelöhne von 1 bis 1,50 Mark bezahlt. Im Kreis Jerichow bis zu 1 M., jedoch haben die Arbeiterinnen bei Alltagsarbeit pro Tag nur 50 bis 80 Pf. Verdienst. Im Kreis Merseburg werden im Sommer pro Tag 1 M., im Winter 80 Pf. bezahlt. Im Saalkreise werden durchschnittlich pro Tag 1,20 M. gezahlt.

Jedoch auf den Rittergütern und Domänen werden pro Tag die Arbeiterinnen mit nur 80 Pf. entlohnt. Der Verdienst der Männer ist mit um einige Pfennige höher.

Die Folge ist, daß der Verdienst nicht ausreicht, um den Hunger von der Thür fernzuhalten, daß die Kinder der Arbeiter schon in den süßesten Jahren als Lohnslaven mit arbeiten müssen. Mit Vorliebe beschäftigt man Kinder beim Rübenbau. Aus dem Kreise Merseburg ist bekannt, daß es sogenannte Müllerschenken gibt; dieselben werden von den Landwirten zur Heranziehung der Kinder als Arbeitkräfte benutzt.

Kinder von 6 bis 7 Jahren sind von Morgens 5 bis Abends 8 Uhr in Thätigkeit für 50 bis 60 Pf. täglich.

Wahrlich, wenn man die armen Kinder bleich, elend und abgearbeitet am Abend mit gekrümmtem Rücken und müden Beinen heimwärts wandern sieht, dann erkennt man, daß von der Wiege bis zum Grabe Not und Elend die stetigen Begleiter des werkhaften Volkes sind. Vom Grad der Kinderausbeutung in der Landwirtschaft erhält man einen Begriff beim Lesen folgender Verfassung der anhaltischen Regierung:

Auf mindestens 8 tägliche dürfen zu ganzen Tagen Leistungen herangezogen werden, noch länger sollen zw. die Hälfte oder zwei Drittel der Zeit beschäftigt werden dürfen. Sobald die Anzahl der Arbeitenden 25 übersteigt, sind die Geschlechter getrennt unter Aufsicht zur Arbeitsstätte zu befördern; hier sollen sie wenn möglich nach Alter und Geschlecht getrennt sitzen. Die Arbeitszeit ist von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends mit einer unentzündlichen Mittagspause festgesetzt. Ist nach dieser Zeitung noch ein Aufmarsch nötig, so soll das Ende der Arbeitszeit so gelegt werden, daß die Heimkehr spätestens bis 8 Uhr erfolgt sein kann. Beim Transport mittels Wagens ist Überfüllung und ein Herausfallen der Kinder zu verhindern. Vor dem Frühunterricht hat keine Beschäftigung zu erfolgen. In beiden Tagen ist seitens der Arbeitgeber für genügendes Bettink zu sorgen. Die Vertreter dieser Bestimmungen werden mit einer Strafe bis zu 15 M. bedroht.

Wenn das schon Einschränkung der Kinderarbeit bedeutet, wie muß es da erst ohne diese Verordnung ausgehen!

Darunter bringt die „Soziale Praxis“ in ihrer Nr. 28 ein Motiv aus Aschersleben, wonach die Leitung der Stadt Aschersleben bei der Regierung zu Magdeburg die Mißstände schildert, welche durch die Verantwortung der Schulkinder bei den Rübenarbeiten entstehen.

Da heißt es:

Die vielfachen Beschränkungen des Schulunterrichts in der Sommerzeit, namentlich das mangelhafte Besuch von Halbtagschulen, welches auf dem Punkte darum motiviert wird, daß man den Kindern der armen Leute die Gelegenheit zu einem kleinen Verdienst in ländlicher Arbeit nicht nehmen wolle, ist vielfach nichts anders als eine Skourvitz (Nachsicht) des Unterrichtsverwaltung gegen das Benehmen, die jugendliche Arbeitskraft auf Kosten der Schulbildung einzunehmen. Da die Halbtagschule andererseits billiger ist als die Volksschule, so gewährt der mangelhafte Schulunterricht den leitenden Kreisen ländlicher Gemeinden vielfach gleichzeitig den doppelten Vortheil billiger Arbeitskräfte und billiger Schulverwaltung, wozu hier und da als drittes Motiv noch die Freude über das Zurückdrängen der Volksbildung überhaupt kommt.

Diese Zustände haben eine Ausdehnung, welche die Aufsichtsbehörden der Unterrichtsverwaltung gut fühlen, nicht bloß mit wachsamem Auge, sondern auch mit starkem Arm zu versorgen.

Diese Gelegenheit lokaler Regelung zu überlassen, heißt, sie dem Einfluß derjenigen sozialen Kreise preiszugeben, die an einer schlechten Regelung das größte Interesse haben. So die „Soziale Praxis“.

Über die heimischen billigen Arbeitskräfte genügen vielfach der Prostrier der rübenbauenden Rittergüterbesitzer und Domänenräuber nicht einmal. Es werden noch schwere, polnische und russische Arbeitskräfte herangezogen, die noch bedürftigeren als die ansässigen Arbeiter sind und daher als billige Ausbeutungsobjekte seitens der „Rothsiedlenden“ betrachtet werden. Das in Folge der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Lebenshaltung der ländlichen Arbeiterbedeutung eine tiefrückige ist, braucht nicht besonders bewiesen zu werden.

Mann, Weib und Kinder, alle leisten dem Kapital ihre Dienste und seien bei härtester Arbeit an der Erde, too langsame Verhungerungen und kümmerliches Auskommen sich die Hand reichen.

Thüringen und die ganze Provinz Sachsen ist so reich mit Naturvölkern gesegnet und die werktätige Bevölkerung ist zu arm, um dieselben genießen zu können. Wie nutzlos reiche Rüdwiane, die keine andere Arbeit leisten, als das Rübenmähdreschen, sitzen in den Sommermonaten Erholung von ihrer „entzerrten“ Arbeit im schönen Thüringen! Und die erstickende Feuchtigkeit lebt mitten in der Natur, und sei der Roth und Schwarz kein Aug' noch

Ihr das für! Wahrlich, eine herrliche, gottliche Weltordnung!

Aufgewacht, Ihr Arbeiterinnen! Betrachtet Eure Lebenshaltung, Eure hämmerliche Ernährung und Eure schlechten Wohnungen. Die Viehställe derjenigen, die sich die Edelsten und Besten der Nation nennen, sind häufig besser als die Räume, die Euch als Menschen zum Obdach dienen.

Arbeiterinnen! Legt Euch einmal die Frage vor, ob diese Gegenseite bleiben müssen. Bei ruhigem Nachdenken wird jede zu der Überzeugung kommen, daß Mittel und Wege zur Hebung des Landproletariats gefunden werden müssen. Da heißt es, auf eigene Kraft bauen und nicht den Versprechungen der falschen „Volkfreunde“ trauen. Eine Organisation der ländlichen Unsterblichkeit ist bereits im Jahre 1892 für Braunschweig und Thüringen gegründet worden. Es ist der „Verband zur Besserung der ländlichen Arbeitsverhältnisse in der Provinz Sachsen.“ Die Hauptarbeit dieses Vereins war bisher, Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Agitation zu treffen.

Die letzte Reichstagswahl hat gezeigt, daß trotz aller Machinationen der falschen Volkfreunde die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie und die der Freunde der Gewerkschaftsbewegung sich unter den Landarbeitern sich erheblich verringert hat!

Wohlan! Mögen unsere Genossen und Genossinnen, die zur Agitation aufs Land gehen, und mögen namentlich die Genossen, die auf dem Lande wohnen, jede Gelegenheit benutzen, die noch Schlummernden aufzuweden, ihnen Auflklärung zu geben über die verderbende Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise, und ihnen die befreiende Lehre des Sozialismus und die Rothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation tief einzuprägen. Dann mögen Verordnungen und Erlassen kommen, so viel da wollen, dann mag die herrschende Klasse durch ihre Presse die moderne Arbeiterbewegung noch so arg verleumden — unsere Fortschritte auf dem Lande werden dann trotzdem nicht mehr aufzuhalten sein.

Wilhelmine Ahler, Hamburg.

## Von der Agitation.

Eine Agitationstour zu Gunsten unseres Verbandes wurde in der Zeit vom 13. bis 21. August vorgenommen und umfaßte die Orte Höxter a. M., Uebach, Ober-Roden, Bärbel, Dechenheim, Bodenheim, Mühlheim, Offenbach, Homburg v. d. H. und Kellervbach. Referentin war Frau Rohrlack aus Berlin. Der Erfolg der Agitationstour entsprach jedoch den Erwartungen insfern nicht, als gerade während jener Zeit die außerordentliche Höhe eintrat und den Besuch der Versammlungen beeinträchtigte. So waren in Höxter a. M., dem großen Industrieort, nur 150 Personen, darunter 9 Frauen, in der Versammlung erschienen, weniger also, als Mitglieder der dortigen Zählstelle des Verbandes angehörten. In Uebach war die Versammlung von 100 Personen, wovon die Hälfte Frauen, besucht, doch war der Geist der Versammlung ein guter und sind die Leiterinnen der dortigen Zählstelle dem Anschein nach bemüht, dieselbe in der Entwicklung vorwärts zu bringen.

150 Personen, davon ein Drittel Frauen, waren in Ober-Roden anwesend, während in Bärbel 56 Personen, darunter 10 Frauen, erschienen waren. In letzterem Ort wurden 5 männliche und 4 weibliche Mitglieder aufgenommen. In Dechenheim könnte der Verband viel mehr Mitglieder werben, wenn nicht der Kapitalmangel daran hinderte; die Mitglieder tagten dort in einem Raum, worin gleichzeitig ein Woddelgeschäft ist; es waren 70 Personen, davon 10 Frauen, in höchstener Enge bei entsetzlicher Hitze dort zusammengepfercht. Aufgenommen wurden 6 männliche Personen. In Bodenheim stehen dagegen großartige Lokalitäten zur Verfügung, doch leider war der Besuch der Versammlung nicht entsprechend; anwesend waren 100 Personen, davon zwei Drittel Frauen. Neuaufnahmen wurden verschiedene Personen, in der nächsten Zählstelle Verhandlung sich einschreiben zu lassen. In dem kleinen Ort Mühlheim waren 42 Personen, darunter 6 Frauen, anwesend. Aufgenommen wurden 3 Frauen und 1 Mann. Der Personenzahl nach fand in Offenbach die bestbesuchte Versammlung statt, es waren 200 Personen, davon ein Drittel Frauen, erschienen und wurden 17 männliche und 8 weibliche Mitglieder dem Verband geworben. So rege das Interesse für den Verband nun in Offenbach ist und so guten Erfolg die Agitation-Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung beigebracht, mag ununterstucht bleiben, auf die ehemaligen Verbandsmitglieder in Kellervbach fällt das Vollgewicht des Schuld. Kümmeren sie sich doch anfanglich gar nicht um die Auswendung der Sache, erst nachdem die Bekanntmachung unmöglich geworden war, rissen sie sich auf und schreien eine Polizei nach Offenbach. Der Erfolg der Lote besteht in der Gewinnung von 29 männlichen und 10 weiblichen Mitgliedern. Der Erfolg wäre unzweifelhaft ein besserer gewesen, hätte nicht die große Hitze die Leute aus den Versammlungen ferngehalten.

Wollen die Leitungen der einzelnen Zählstellen mit Umicht und Gedanke ihres Amtes, dann wird der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auch seiner ein reites Nachsehen zu verzeihen haben.

## Patriotismus und Christenliebe.

In der besitzenden Klasse gibt man ja heute gern als echten, edlen Patriot und Christ keine Abhängigkeit an das liebe Vaterland zu zeigen, wahrer, strommer Förderer und Vertheidiger des Christenthums zu sein, gilt heute als Zeichen, zur staatsfördernden Gesellschaft zu gehören. Wie jedoch auf dem Weltmarkt unsre tugendhaften Herten anstatt der Edelmetalle solche von Talini verschleichen, so ist auch ihre Vaterlandsliebe und ihr Christenthum mit Füßen überzogen. Ab und zu wird dieser Lieberzug selbst und beladenen Erquidung.

verrückt und heraus leuchtet die häßliche Fratze des nächsten Egoismus.

Wie steht es mit der Vaterlandsliebe in unserer honesten Gesellschaft? Das aus dem Schweife der Arbeit herausgerissene Kapital wird, wenn es im Auslande verspricht höhere Prozente zu gewinnen, dem so heim geliebten Vaterlande entzogen. Die so sehr verachtete Internationalität wird acceptabel, wenn der heilige Profit es nothwendig macht. Dem Vaterlande werden die Gelder entzogen, wenn sich dieselben im Auslande schneller vermehren; den eigenen Landeskindern werden die von ihnen selbst verfertigten Waaren, die nochwendigsten Lebensbedürfnisse vorweggenommen und in fremden Ländern verkauft. Aber nicht bloß das. Die Vaterlandsliebe unserer bestehenden Klasse scheut sich auch nicht, den Landeskindern Verdienst und Brot zu nehmen, und stunden Völker zu geben. Um den helligen Profit der Unternehmerklasse zu verzögern, wirkt man die Arbeiter des eigenen Landes auf die Straße, weil dieselben einen höheren Anteil an dem, was die Erde bietet, verlangen, an den Errungenschaften der Kultur mehr und mehr teilnehmen wollen. So sehen wir, daß selbst in den letzten Jahren der wirtschaftlichen Prosperität eine gewaltige Arbeitslosigkeit entstanden ist, die geprägt hat und immer weiter um sich greift, Hunderttausende ohne Verdienst und Brot sind; daneben aber die fortwährende Heranziehung ausländiger Arbeitskräfte, das Bestreben, die heimischen Arbeiter durch billigere Hände des Auslandes zu ersetzen. In der Textilindustrie werden in übergroßer Zahl polnische Arbeiter vermietet. Die oberhessische Bergbau-, Hütten- und Maschinenindustrie bemüht sich um Bulauung galizischer Arbeitskräfte, vom Westen kommen billige belgische Arbeiter und vom Süden strömen Italiener herein, die deutschen Arbeiter zu erschaffen. Denkt man noch an die von unseren Landjunkern so sehnlich erwarten Kulis, so hat man das mit Talini-Vaterlandsliebe überzogene Herz unserer Gesellschaftskräfte, der treuen Anhänger des Alles umschließenden Gottes Mammon.

Wie mit der Vaterlandsliebe, ist es auch mit dem Christenthum unserer edlen und besten Stützen der Gesellschaft bestellt. Wir wollen heute nicht daran erinnern, wie das Kapital den nichtsbesitzenden Klassen einen großen Theil ihrer Lebensjahre vorweg nimmt, wie das arme Kind, kaum im Stande, die kleinen Hände zu rühren, schon seinen Tribut dem Kapital zahlen muss, wie die Mutter, die Frau, aus ihrer Familie herangeführt, in die Fabrik oder Werkstätte zur Arbeit, um den Hunger zu stillen, gehen und für den Kapitalisten schuften muss. Wir wollen auch nicht an die ungähnlichen armen Opfer, die zu Tode gebracht oder zu Skrupeln gemacht worden, erinnern, sondern nur daran, wie die frommen Heuchler das Christenthum abwehren, wie die angeblichen Anhänger Christi handeln nach den Worten: „Was Ihr an dem Geringsten meiner Brüder thut, das habt Ihr an mir gethan“. Ihr sollt die Hungriigen speisen, die Durstigen tränken“ u. s. w. Hierzu ein Beispiel: Vor einigen Tagen publizierte das Gesetzblatt für das Fürstenthum Lübeck (XXII. Band, 9. Stück, 16. Juli 1898, Nr. 17) auf Grund des Artikels 2 § 1 des Gesetzes vom 1. Juni 1864, betreffend die Befugnis zur Erlassung polizeilicher Befehle und allgemeiner polizeilicher Vorschriften: Die Regierung bestimmt noch vorsichtig eingezogener gutachtlicher Neuerung des Provinzialraths mit Genehmigung des großherzoglichen Staatsministeriums Folgendes:

1. Die Verabreichung von Gaben irgendwelcher Art an bettelnde Wanderleute ist bei Geldstrafe bis zu 30 M. event. Haftstrafe verboten. 2. Die Gewährung von Nahrungsmitteln oder Kleidungsstücken zur Befriedigung eines augenblicklichen Notstandes bleibt straffrei, sofern die Möglichkeit, daß der Empfänger jene Gaben in Geld oder Branntwein umsetzen kann, ausgeschlossen erscheint.

Gutin, 11. Juni 1898.

## Großherzogliche Regierung.

Also die Bettelnden ins Arbeitshaus, für die Mitleidigen, die noch ein Herz mit den Unglücklichen haben, Geld- oder Haftstrafe, und das neunt sich Christenthum! Wie würden diese Herren das Gericht des Nazareners bestehen können! Den man zuerst bis zum letzten Lebensmark ausgesogen, stöhnt man aus der Gesellschaft aus; Armut, die immer größer herausbeschwert, handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand zu dem Ausfall der Versammlung dort hatte, ebenso unglaublich fiel die geplante Versammlung vor Homburg aus. Dort hatte der Wirt, ancheinend durch die Polizei dazu veranlaßt, das Ratal in letzter Stunde verweigert, so daß es nicht möglich war, eine neue Anmeldung nach einem anderen Lokal veranlassen zu können. Wurde die Versammlung in Homburg ohne Schuld unserer Kollegen unmöglich gemacht, so veranlaßte in Kellervbach die grenzenlose Gleichgültigkeit der Beauftragten das Ausfallen einer Versammlung. Als Entschuldigung führte man an, es seien von Offenbach weiter handelt noch Plakate gefordert worden. Jammerlich der letzte Umstand

## Gesetzliche Maßnahmen.

Neben die von der Staatsanwaltschaft gegen das in der Sitzung gegen die Zahlstelle Linden gefallte Urteil der Strafkommission des Königlichen Landgerichts zu Hannover eingelagte Revision wird am 26. September, Vormittags 10 Uhr, vor dem Strafgericht des Königlichen Kammergerichts zu Berlin, Lindenstraße 14, verhandelt werden.

Der Streit der Bauarbeiter in Lübeck ist beendet. Mittwoch, den 7. September, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen, die zwischen den Meistern und Arbeitern gepflogen worden sind, führten zur Annahme eines Vergleichs auf folgender Grundlage: Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf und erhalten für die erste Woche den alten Stundenlohn von 35 Pf., von der zweiten Woche ab werden 36 Pf. bezahlt und vom 1. April nächsten Jahres kommen 37 Pf. zur Auszahlung. Alle Arbeiter und Gesellen werden wieder eingestellt. Bekanntlich hatten sich die Meister zur Zahlung eines Stundenlohnes von 37 Pf. ab 1. April 1899 bereit erklärt, der Kampf drehte sich also um das Bugesindnis, für die wenigen Wochen dieses Baujahres noch eine Lohn erhöhung zu erhalten. Um den Feind pro Stunde liegen die Bauherren die Arbeiter seit 7. Juli streiken.

Die Auspfernung der Bauarbeiter in Magdeburg ist durch Vergleich beendet worden. Der § 1 der Friedensbedingungen spricht aus, daß Maßregelungen von keiner Seite vorgenommen werden dürfen.

## Korrespondenzen.

**Altona-Ottensen.** In unserer letzten Versammlung eröffnete zunächst Ourndt Bericht vom Verbandsstag in Kassel, bei dem nur bestimmt wurde, daß die Berichte vom Verbandsstag so außerordentlich knapp im „Hamburger Echo“ gehalten wurden, während die Berichte anderer Verbandsstage häufig mehrere Spalten füllten. Auf Vorschlag des Festsomitees beschloß alsdann die Versammlung, das nächste Stiftungsfest am 20. Februar 1899 in „Karlsruhe“ abzuhalten. Ferner wird im Oktober wieder eine Abend-Unterhaltung stattfinden. Dann wurde noch bekannt gemacht, daß im November eine öffentliche Versammlung stattfindet.

**Berlin.** Am Montag, den 5. September, tagte im Stolberger Salon eine öffentliche Versammlung der in Pappefabriken und Lampenfertigungs-Anstalten beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeiter. Frau Greifenberg referierte über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den genannten Branchen. Nach den gemachten Erfahrungen werden in der Pappefabrik von Kraft und Knust an die Arbeiter Löhne von 15 M. bezahlt, während die Arbeitnehmerinnen 8,50 M. erhalten. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. Die fertige Arbeit muß durch die Arbeitnehmerinnen zur Waage transportiert werden. Bemerkenswert ist, daß bei einer Revision die zu der Waage gehörenden Gewichtsstücke konfisziert worden sind. Die von der Charité zur Krankenbehandlung benutzten Verbandskloppen und Wäste werden angekauft und verarbeitet. Da man sehr Bielen noch die Spuren der früheren Benutzung ansieht, so gehört diese Arbeit keineswegs zu den angenehmsten und wohl auch kaum zu den gesundesten. Große Behandlung durch die Borgeleger kommt sehr oft vor. Die Referentin forderte nach dem Angeführten die Anwendung, sie sollten sich alle der Organisation anschließen, um die Verbesserung der Verhältnisse anzustreben. In der Fabrik von Blumano, Thauenseestraße, ist im Souterrain ein Kloset, das der Hygiene ermangelt. Daneben befindet sich der sogenannte Stromofen, dessen stundenlanges Brennen bei den Augen der Arbeitnehmerinnen verursacht. Arbeitnehmerinnen, die sich über die angeführten Dinge und über die niedrigen Löhne beschweren, wollen von einer Meisterin den Rat erhalten haben, sie sollten doch Abends auf die Straße gehen. — Hierauf nahm Frau Greifenberg das Schluswort und ersuchte die Anwesenden, sie sollten, wenn sie wieder Veranlassung hätten, über solche Zustände begründete Klagen zu erheben, ihr Mitteilung machen.

**Burgtheide.** Am 4. September tagte im Sotale des Herrn Hinst eine öffentliche Versammlung. Kollege Schulz aus Wilhelmshaven hält einen Vortrag über die Entwicklung der Industrie. Dem beispielhaft aufgenommenen Vortrage folgten Aussführungen eines Kollegen aus Harburg und unseres Bevollmächtigten, die darin gipfelten, daß es Pflicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter sei, für die Organisation thätig zu sein, erst dann könnte leichter auf die Angelegenheiten der Mitglieder einwirken.

**Calbe a. S.** Sonnabend, den 2. September, tagten hier die Mitglieder, die bislang zur Zahlstelle Nienburg a. Saale ihre Beiträge bezahlten, im Sotale zur Reichsapelle und beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen. Die Bevollmächtigten und Reiseführer wurden vorgeschlagen und somit ist auch hier eine Zweigorganisation gebildet. Wenn wir nun bestrebt Lohn- und Arbeitsbedingungen ertragen wollen, so ist zunächst erforderlich, daß die Kollegen eine eifige Agitation für den Verband entfalten. Der Stolz des Kollegen muß darin bestehen, Mitglied des Verbandes zu sein und Mitglieder zu werden. Die Arbeitgeber, die Organisationen bereits gebildet haben, müssen uns Borckheim sein. Glaubt zur Arbeit! Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann ist der Erfolg sicher.

**Geesthacht.** In der Versammlung vom 15. September wurde die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest verlesen. Den Mitgliedern wurde dann bekannt gegeben, daß das Protokoll vom Verbandsstag für 10 Pf. lässlich sei und werden die Kollegen, die das Protokoll kaufen wollen, aufgefordert, dem 2. Bevollmächtigten Mittheilung zu machen.

**Halberstadt.** Die zum 4. September nach hier einberuhene Konferenz war von 7 Delegierten aus 5 Orten beschlossen. Bericht über die Tätigkeit der Agitations-Kommission erstatteten die Kollegen Draude und Vollmann. Aus demselben ergibt sich, daß allmonatlich eine Sitzung abgehalten wurde. Versammlungen sind arrangiert worden in den Branchen der Bauarbeiter, Lederarbeiter, Kanalarbeiter, Konditoren und Landarbeiter. Als Referenten traten in den Versammlungen auf die Genossen Uhler, Albert Paul, Dr. Grohn, Boigt, Dr. Bösl, Frau Koelsch und andere. Verschiedene Handagitationen, mittels Flugblatt zur Ausführung gebracht, brachten einzigen Erfolg. Auch auswärts hat die Kommission gewirkt und in Magdeburg, Halle und Oschersleben Zahlstellen gegründet. Ohne Erfolg geblieben sind die Versuche, in Quedlinburg, Blankenburg und Nordhausen Zahlstellen zu gründen. Kollege Schumann aus Osterwieck berichtet, daß auch in Eichershausen und Bernigeroode Zahlstellen gegründet worden sind. Kollege Hamann aus Bernigeroode berichtet, daß der Stand der dortigen Zahlstelle nicht besonders günstig sei. Kollege Rathjens aus Magdeburg teilt mit, daß die dortige Zahlstelle im Jahre 1897 mit 17 Personen gegründet worden und daß die Mitgliederzahl bereits auf 300 gestiegen sei. Von Kollegen des letzteren Ortes wurden auch die Zahlstellen Sudenburg und Osnabrück gegründet. Kollege Schumann beantragt, die Kollegin Frau Biehl solle mit einer Agitationsschrift durch die Provinz Sachsen beauftragt werden; die Bekanntmachung der Versammlungen soll mittels einheitlicher Flugblätter ge-

schehen. Der Antrag wurde angenommen, gleichzeitig ein anderer Antrag des Kollegen Schumann, der die Wahl einer Agitationskommission für die Provinz Sachsen mit dem Sitze in Halberstadt bezeichnet. Die Zahlstelle soll an dieser Kommission 8 Personen und jede andere Zahlstelle 1 Person wählen. Hierzu wird beschlossen: Gebe Zahlstelle, die eine Agitationsstelle unternehmen will, nach dieser erst bei der Agitations-Kommission in Halberstadt anmelden. Die nächste Konferenz ist innerhalb 4 Wochen, nachdem die Einzelhebung bekannt geworden ist, abzuhalten. Den Ort bestimmt Halberstadt. Um 7 Uhr wurde die Konferenz geschlossen. Mit förmlich die Kollegen auf, die gewillt sind, sich uns anzuschließen, sich mit Kollegen Julius Vollmann, Hunsrück 36, in Verbindung zu setzen.

**Hamburg.** Am 17. August tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Vortrag über: „Die Gewerbegefechte“ wird wegen des schwachen Versammlungsbesuches abgesetzt. Der Bericht der Revisionskommission ergibt, daß drei frühere Hilfsklassen noch Marken und Geld in Händen haben. Die Versammlung beschließt, sie gerichtlich zu belangen. Bei der Übernahme der alten Vermögenswerte war ein Baarbestand von 500,44 M. vorhanden, welches eine Ausgabe von 384,55 M. gegenüberstand, somit ein Bestand von 115,89 M. verblieb. Die Abrechnung von den Darlehensmarken stellt sich wie folgt: Vom Kartell erhalten für 970,— M. Marken, zurückgeliefert für 347,90 M. Marken, es wurden somit für 622,10 M. Marken veräußert. Da noch 67 Marken à 30 Pf. in Händen der Verwaltung sind, wird beschlossen, diese durch die Hilfsklassen zu vertreiben. Zum dritten Punkt wünschte Niemand das Wort, worauf Frau Schulz den Kartellbericht erstattete und die Versammlung aufforderte, die Badergesellen nach Kräften zu unterstützen. Kollege Bierau ermahnte die Anwesenden, sie sollten den Brotträgern nicht mittheilen, wo sie arbeiten. Die Anfrage nach Abhaltung einer öffentlichen Versammlung wird abgelehnt beantwortet, daß jetzt wohl die passende Gelegenheit nicht sei. Die Aussprache über Lohns- und Arbeitsbedingungen wäre ja durch den Punkt 3 der Tagesordnung ermöglicht. Zum Schlus wird ein Hilfsklasser gewählt und die Abhaltung eines Wintervergnügen beschlossen.

**Hannover.** Unter dem Vorsitz des Kollegen Brey tagte am 11. September eine von ca. 200 Personen besuchte allgemeine Versammlung der Mitglieder von Hannover und Linden, die die Wahlen der Beisitzer, Revisoren und der Pressekommision vornahm. Darauf erstattete Kollege Coninxen Bericht vom Verbandsstag, woran sich eine lange Debatte knüpfte. Die Redner waren mit manchem Beschlusse des Verbandsstages einverstanden und geben ihrer abweichen Meinung Ausdruck. Mit einem Hoch auf die „Kunst-Buchhausstandards“ wurde die Versammlung geschlossen.

**Kassel.** Der für die Versammlung am 10. August vorbereitete Vortrag des Genossen Garbe über: „Die Errichtung eines Arbeiterssekretariats“ mußte ausfallen, weil es dem Referenten zum zweiten Male beliebte, zu dem zugesagten Referat nicht erscheinen. Die Versammlung gab in einer, dem Gewerkschaftsrat zu unterbrechenden Resolution ihrem Wunschfall über dies Verhalten Ausdruck. Zu der für den 2. Okt. auf dem „Bunten Bod“ zu veranstaltenden Festlichkeit wurde das Komitee gewählt. Dann wurde eine Eintheilung der Stadt in Hilfsklasser-Bezirke vorgenommen, für jeden Bezirk wurde einer im Ganzen fünf Hilfsklassen gewählt. Mit einem kräftigen Appell unseres Bevollmächtigten an die Unwesenden, fest und treu zusammenzuhalten und zu agitieren, bis auch der letzte Mann der Organisation angehört, wurde die Versammlung geschlossen.

**Landsberg.** Die am 4. September abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Mehrere Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Der erste Bevollmächtigte Reinhard ermahnte die Neugeworbenen, treu zur Organisation zu halten. Erfreulicher Weise bringen die Arbeiter einer kleinen größeren Fabrik, die selber dem Verband fern standen, unserer Organisation ein lebhafteres Interesse entgegen und bei einiger Agitation wird unsere Zahlstelle bald verstärkt. Am 25. September werden hier die Gewerbegefechte vorgenommen, auch unsere Kollegen müssen sich daran zahlreich beteiligen, damit ein uns günstiger Aussall herbeigeführt wird.

**Lübeck.** Die am 4. September abgehaltene Mitgliederversammlung hatte sich keines besonders günstigen Besuchs zu erfreuen. Daher beschränkte sich der 1. Bevollmächtigte darauf, nur eine Ansprache zu halten. Das Verhalten des 2. Bevollmächtigten, der durch seine Nachlässigkeit die Mitglieder an laues Begleiten der Beiträge geradezu gewöhnt, veranlaßte, daß ein anderer Kollege für den Posten in Vorschlag kam.

**München.** Sonntag, den 11. September, hielt die Zahlstelle München im Sotale zum Ober-Ott. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege Witti über den Kassel-Verbandsstag Bericht erstattete. Redner hob als die wesentlichen Punkte den Bericht des Vorstandes, die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die Einführung eines Sterbegeldes für verheirathete Mitglieder, die Erhöhung der Beiträge, sowie die Annahme eines den veränderten Verhältnissen entsprechenden Streitreglements hervor und prägte in einem 1½-stündigen Vortrage die Stellung des Verbandsstages zu den erwähnten Punkten. Die gemachten Aussführungen, die der Vortragende mit einem Hinweis auf unsere gegenwärtigen sozialen Verhältnisse, auf das Vorgehen des Unternehmerthums und die legitime Kämpferrede schlossen, fanden stürmischen Beifall. Nach einer Diskussion fand eine Resolution, die sich mit der Häufigkeit und den Beschlüssen des Verbandsstages einverstanden erklärt, einstimmige Annahme. Unter Punkt Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, die Stadt in Bezirke einzuteilen und in diesen Bezirken Hilfsklassen aufzustellen, die gleichzeitig für entsprechende Agitation in ihren Bezirken zu sorgen haben. Die vorzügliche Stimmung, die unter den Kollegen herrscht, berechtigt zu den schönen Hoffnungen.

**Offenbach.** Montag, den 12. September, tagte im Sotale zur Stadt Heidelberg unsere Mitgliederversammlung. Kollege Streb hält einen Vortrag über das Thema: „Sind Arbeiterssekretariate für die Arbeitersklasse nötig?“. Die Ausführungen des Redners führten zur Annahme folgender Resolution: „Die heutige in der Stadt Heidelberg tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeitnehmer erkennt die Gründung eines Arbeiterssekretariats an und eracht das Kartell, die weiteren Schritte für Gründung des Instituts in die Wege zu leiten.“ Bei der nun vorgenommenen Ausschuswahl wurde der selige Euge Ausschuss wiedergewählt. Hierauf wurde noch beschlossen, am Sonntag, den 2. Oktober in der „Stadt Heidelberg“ einen Familienabend abzuhalten und den Überbrück als Fond für das Arbeiterssekretariat anzulegen. Hierauf erfolgte der Schluß der am befreiten Versammlung.

## Gefücht.

**Johann Golda,** geboren am 2. Februar 1881 in Weiß, Kreis Linz (Oberösterreich), Buch-Nr. 31309, II. Serie, aufgenommen am 1. Januar 1898 in Hemmoor oder Bassede, wird erachtet, sofort seine jetzige Adresse zwecks Begegnungserinnerung an die „Vollzeitung“ in Kiel, Bergstraße 11, einzuführen. Jeder Kollege und jede Zahlstelle wird um ein Gleichtextes gedrucktes Untostet erachtet.

## Bekanntmachungen.

Mit Herausgabe der Nummer 21 tritt folgender Beschluß des 4. Verbandsstages in Kraft: Die Abrechnungen, Adressen-Verzeichnisse und die Versammlungs-Anzeigen werden vierteljährlich als Beilage dem „Proletarier“ beigegeben. Die Berichte sind so weit wie möglich zu kurzen und lehrreiche Artikel zu bringen.

Die Nummer 19 des „Proletarier“ ist in einer Auflage von 23 400 Exemplaren gedruckt worden. Zur Versendung kamen nach 67 Orten Pakete. Davon an 1 Ort 4, an 4 Orte je 2, 62 Orte erhielten je 1 Paket. Die übrigen Orte erhielten ihre Exemplare in Kreuzbändern. Von letzteren je 2 erhielten 23 Orte. Im Ganzen kamen 149 Kreuzbänder zum Versand. Davon kosteten 75 je 30 Pf., 37 je 20 Pf., 12 je 10 Pf., 8 je 5 Pf. und 16 je 3 Pf. Porto. Die Gesamtportoosten der Nummer 19 betrugen 75,03 M. Die Druckosten beliefen sich auf 247,60 M. Dazu kommen nun noch die Kosten für Binden, Packpappe, Papier zu Kreuzbändern und Paketadressen. Diese Aufrechnung soll unter Anderem auch beweisen, daß die Kollegen nicht eine die Mitgliederzahl übertreffende Anzahl „Proletarier“ bestellen.

## Bilanz der umstehenden Abrechnung.

### Gesamt-Einnahme:

Rassenbestand vom vorigen Quartal . . . . .	21 917,16 M.
Eintrittsgeld . . . . .	989,20
Beiträge à 10 Pf. . . . .	16 660,30
Beiträge à 5 Pf. . . . .	1 870,45
Extrabeiträge . . . . .	289,60
Sonstige Einnahmen . . . . .	377,98
Vom vorigen Quartal zurückbehalten . . . . .	2 204,44
Zehnburg auf Listen . . . . .	47,20
für Einzelnamen des „Proletarier“ . . . . .	—,60
Von Altona-Ottensen zurückbezahlt . . . . .	50,—
Von Frank, Rothenburgsort, zurückbezahlt . . . . .	3,—
Von Einzelmitgliedern . . . . .	62,15
Durch A. Brey erhalten . . . . .	2,80
für Mitbenutzung eines Aussages . . . . .	20,—
Von Martens, Harburg, zur Agitation . . . . .	26,—
An Bandschluß zur Agitation . . . . .	100,—
An Inseratengeld . . . . .	24,—

Summa 44 644,88 M.

### Gesamt-Ausgabe:

An Reiseunterstützung . . . . .	712,89 M.
An Vakalausgaben . . . . .	5989,58
Von den Zahlstellen zurückbehalten . . . . .	3068,97
für Agitation . . . . .	62,50
An Unterstützung für Streiks . . . . .	3626,20
An Umgangsgeld . . . . .	400,38
für Porto des „Proletarier“, Nr. 8 bis 13 . . . . .	395,46
für Porto von Briefen und Paketen des Vorsitzenden . . . . .	119,65
An Vergütung der Beisitzer . . . . .	9,—
An Gehalt des Vorsitzenden . . . . .	337,50
An Gehalt des Kassiers . . . . .	175,—
An Zeitungs-Wonnemont . . . . .	3,70
für Druckarbeiten . . . . .	294,—
Druckosten des „Proletarier“ . . . . .	1402,40
An die General-Kommission . . . . .	406,77
An Porto für Geld und Briefe des Kassiers . . . . .	29,55
An gemahngte Mitglieder . . . . .	205,—
An Geschäftskosten und Schreibmaterial . . . . .	21,55
An Schriftstellerhonorar . . . . .	36,—
An Rechtschuss . . . . .	222,08
für Buchbindarbeiten . . . . .	451,50
für Anzeigen (Streik betreffend) . . . . .	3,—
An Streik für Sitzungen des Ausschusses . . . . .	2,50
Vom Vorsitz an einen Kollegen bezahltes Reise- geschenk . . . . .	1,50
Marken . . . . .	157,—
An Zuschuß für die Zahlstellen . . . . .	25,—
Verbandslagskosten . . . . .	4085,85
Rassenbestand . . . . .	22392,61

Summa 44 644,88 M.

### Bilanz:

Gesamt-Einnahme . . . . .	44 644,88 M.
Gesamt-Ausgabe . . . . .	22 252,27 M.

Bleibt Bestand . . . . .

**Einnahme.**

**Ausgabe.**

Bahnhöfen	Quartals-Nr.	Gehalts- geld	Zahl der 10 Pf. Beitäge	Beiträge	Zahl der 5 Pf. Beit- äge	Beiträge	Extra- steuer	Sonstige Ein- nahmen	Staats- bebau- v. vorigen Quartal	Gesamt- Ein- nahmen	Abgeschüttet an die Verbands- kasse	Steuer- unter- stüzung	Total- Ausgaben	Best- ressen- bestand am Ort	Gesamt- Ausgaben	Zahl der Beit- äge	Zahl der Beit- rägen	Gehalts- geld	Zahl der Beit- rägen				
Alten		2.	5	—	589	58	90	—	—	63	90	44	27	—	19	63	—	—	68	90	589	64	
Alfeld		2.	—	60	139	18	30	13	—	—	—	7	49	4	62	5	69	17	80	146	15		
Altenburg		2.	5	80	1902	190	20	—	—	12	5	208	5	3	10	51	85	15	56	208	5	1902	165
Altenhagen		2.	—	20	225	22	50	—	—	22	70	15	20	—	—	7	50	—	22	70	225	30	
Augsburg		2.	1	226	23	60	38	—	1	11	60	128	20	17	62	73	88	38	70	128	20	624	
Altstadt-Ottersen		2.	7	80	3058	305	80	2118	105	90	—	419	59	277	56	4	10	137	84	—	—	718	20
Barmbeck		2.	7	40	5817	581	70	2570	128	50	—	718	20	481	46	8	78	209	38	—	—	726	84
Bergedorf		2.	5	40	5759	575	90	685	34	25	—	514	68	514	68	2	98	26	15	71	81	1444	
Bernburg		2.	3	80	1261	126	10	10	—	29	85	189	14	88	20	46	87	21	68	29	60	643	
Bieberich		2.	4	—	643	64	30	—	—	—	—	49	90	—	—	8	23	19	67	49	90	249	
Bielefeld		2.	—	20	245	24	50	4	—	20	—	35	—	—	—	7	70	11	15	51	38	480	
Billwerder		2.	—	40	450	45	—	30	1	50	—	51	33	—	—	3	—	3	—	62	32	318	
Bodenheim		2.	—	40	273	27	30	45	2	25	—	36	15	22	70	16	58	10	50	35	29	373	
Braunschweig		2.	20	80	3023	302	30	595	29	75	6	358	85	232	1	16	110	68	252	70	167	15	
Berlin		2.	27	—	3089	308	90	182	9	10	215	30	—	—	15	14	60	14	60	8	63	395	
Borby		2.	1	60	266	26	60	129	6	45	—	98	55	295	19	24	157	86	23	17	438	66	
Bremen		2.	8	80	1231	123	10	71	3	55	—	28	62	256	58	1	25	51	25	484	140	13	
Bürgel		2.	3	—	271	27	10	36	1	80	—	7	2	22	70	16	68	5	30	92	95	848	
Celle		2.	2	20	4059	405	90	2875	143	75	6	40	—	115	40	15	115	14	40	370	58	8519	
Delmenhorst	1.-2.	10	36	60	3165	316	50	211	10	55	3	20	17	54	11	44	23	13	98	13	249		
Dessau		2.	1	20	484	48	40	33	1	65	10	50	5	30	92	25	51	25	484	168	70		
Dresden		2.	2	60	831	83	10	17	—	85	1	10	—	30	2	2	27	5	20	272	26		
Eimsbüttel		2.	4	40	1041	104	10	130	6	50	—	—	—	30	2	14	9	6	—	30	20		
Ehlingen		2.	2	60	118	11	80	—	—	—	—	—	—	—	—	8	43	9	44	28	90		
Eimshorn		2.	7	80	3122	312	20	397	19	85	10	—	—	30	63	58	246	12	13	115	14		
Fleinsburg a. M.		2.	4	40	1504	150	40	274	72	35	13	70	—	—	—	112	2	2	54	70	1778		
Gehlenheim		2.	—	60	253	25	30	—	—	3	—	40	—	—	—	21	14	9	6	—	30		
Greben		2.	—	60	223	22	30	—	—	—	—	—	—	—	—	20	47	—	—	8	43		
Greifswald		2.	2	40	1512	151	20	41	2	5	—	90	—	—	—	28	75	67	37	223	22		
Güstrow		2.	8	—	591	59	10	130	6	50	—	40	—	—	—	47	35	4	44	243	29		
Grunau		2.	—	80	228	22	80	—	—	—	—	—	—	—	—	15	20	1	1	5	48		
Goslar		2.	13	20	1596	159	60	—	—	—	—	—	—	—	—	106	55	13	25	11	20		
Hadersleben		2.	1	60	384	38	40	—	—	—	—	—	—	—	—	20	10	7	40	184	300		
Hagen i. W.		2.	7	80	3122	312	20	397	19	85	10	—	—	30	63	58	246	12	13	115	14		
Halberstadt		2.	9	40	2743	274	30	98	4	90	15	—	—	81	85	15	375	6	48	18	48		
Halle		2.	5	50	695	69	50	78	3	30	—	—	—	30	20	19	7	35	29	30	228		
Hamburg		2.	6	60	1910	191	—	1888	94	40	6	80	—	30	12	—	103	10	96	103	10	151	
Hameln	1.-2.	1	40	826	82	60	136	1	25	—	40	—	—	—	44	55	29	95	80	80	384		
Hannover		2.	8	80	425	42	50	25	1	15	—	40	—	—	—	233	25	89	37	25	233		
Hanover N.-O.		2.	7	—	2217	221	70	83	4	15	123	30	2460	—	—	1311	90	14	657				